

Für die Länder besteht keine Möglichkeit, eine durch unzureichende oder verspätet abgebildete Kostensteigerungen hervorgerufene Finanzierungslücke zu schließen. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Die verfassungsrechtliche Zuständigkeit für die Betriebskostenfinanzierung liegt beim Bund und nicht beim Land.

Kurz möchte ich noch auf den Entschließungsantrag der Kolleginnen und Kollegen von der SPD eingehen, der uns gestern zur Verfügung gestellt wurde. Jahr für Jahr haben wir einen enormen finanziellen Mehraufwand in die Investitionskosten der Krankenhäuser gesteckt. Wir sind 2017 mit 250 Millionen Euro pro Jahr gestartet, und wir geben inzwischen 765 Millionen Euro, auch pro Jahr, für die Investitionskosten der Krankenhäuser aus. Hinzu kommen noch einmal 2,5 Milliarden Euro allein für die Krankenhausreform.

Wenn der Bundesgesundheitsminister nicht bald die Betriebskostenfinanzierung regelt, dann gibt es in NRW keine Krankenhäuser mehr, in die das Land investieren kann. Sie provozieren, dass es zu einem unkontrollierten Krankenhaussterben kommt.

Ein letzter Punkt, der zeigt, dass Ihr Entschließungsantrag von gestern wirklich mit heißer Nadel gestrickt worden ist:

Noch gestern hat die Regierung zugesagt, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Überbrückungssoforthilfe von 100 Millionen Euro im Rahmen der KiBiz-Pauschale für die freien Träger zur Verfügung stellen

(Lachen von Thorsten Klute [SPD])

– Herr Klute, Sie müssen nicht lachen: Das liegt nicht daran, dass Sie den Antrag gestellt haben. Das hätten wir auch so gemacht, denn das hatten wir vorher schon zugesagt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch die Anpassung der KiBiz-Pauschale auf 550 Millionen Euro on top pro Jahr gehört dazu.

(Thorsten Klute [SPD]: Dazu sage ich gleich was! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Auch aus der Finanzierung der Sprachkitas sind Sie ausgestiegen. Hier fordern Sie permanent: Wir müssten das tun, wir müssten das tun, wir müssten das tun.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Sie aber steigen aus der Finanzierung aus und schmeißen es uns vor die Füße.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch hier übernimmt das Land 38 Millionen Euro zusätzlich, damit wir die Sprachkitas weiter finanzieren können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das ist in der Opposition immer ganz schön: Man kann Freibier und Sonnenschein fordern, hier eine Milliarde, da eine Milliarde, aber wir machen Politik mit Verantwortung und Mut.

(Zuruf von Rodion Bakum [SPD])

Diesen Mut würde ich mir auch mal vom Bundesgesundheitsminister wünschen, damit unsere Krankenhäuser die Betriebskostenfinanzierung geregelt bekommen und keine Bürgerinnen und Bürger mehr hier vor dem Landtag demonstrieren müssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Grünen spricht die Abgeordnete Frau Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Kliniken in Deutschland und in NRW haben heute einen Notruf abgesetzt: Heute um fünf vor zwölf haben sich 10.000 Beschäftigte der Kliniken aus NRW vor dem Landtag versammelt, und sie sind da immer noch.

„Wir retten Leben – wer rettet uns?“ stand eindrücklich auf einem Plakat, das ich eben lesen durfte. Die Beschäftigten machen mit ihrem Protest auf die extrem schwierigen wirtschaftlichen Situationen in den Kliniken aufmerksam.

40 Insolvenzen hat es dieses Jahr deutschlandweit in Kliniken gegeben, acht davon in NRW. Ein ungeplantes Wegbrechen eines Krankenhauses durch Insolvenz ist fatal. Es bedeutet natürlich eine Verschlechterung der Versorgung für die Menschen in der Region und große Verunsicherung. Auch für die Beschäftigten ändern sich Lebenspläne: Es kommt zu Brüchen, zum Beispiel in der Aus- und Weiterbildung, und wertvolle Lebenszeit geht verloren.

Die Ursachen für die wirtschaftliche Not sind vielfältig, aber zwei Ursachen stechen im Moment besonders hervor: Da sind zum einen die notwendigen Tarifsteigerungen, denn die gute Arbeit der Beschäftigten in den Kliniken muss auch gut entlohnt werden. Aktuell werden die Tarifsteigerungen aber nicht für alle Berufsgruppen voll refinanziert.

Zum anderen haben die Krankenhäuser mit der Inflation und Preissteigerungen zu kämpfen. Es ist gut, dass die Bundesregierung den Kliniken bereits mit der Energiepreisbremse und den pauschalen Energiehilfen unter die Arme greift. Aufgrund der immensen Herausforderung, die wir aktuell haben, wissen wir aber: Das ist noch nicht genug.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Daher machen wir in unserem Antrag klar: Wir brauchen den rückwirkenden Inflationsausgleich für die Jahre 2022 und 2023. Zudem muss die Systematik der Preisanpassung auf den Prüfstand gestellt werden. Ab dem Jahr 2024 müssen die Tarifsteigerungen mit einer neuen Systematik refinanziert werden.

Klar ist uns allen: Unsere Kliniken und die Menschen, die heute vor dem Landtag protestiert haben, sind wichtig für uns. Sie sind wichtige Säulen unserer Daseinsvorsorge. Das sind die Menschen, die unsere Leben retten. Wir müssen die Kompensierung der hohen Kostensteigerung in den Krankenhäusern sicherstellen, und dazu brauchen wir auch kurzfristige Lösungen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit unserem Antrag machen wir klar: Ja, wir haben diesen lauten Notruf der Kliniken gehört, und das ist nicht erst seit heute der Fall. Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern haben wir uns auf Eckwerte für ein wichtiges neues Finanzierungssystem geeinigt.

Mit dieser Finanzierungsreform nehmen wir den wirtschaftlichen Druck von den Kliniken: In Zukunft wird es Vorhaltepauschalen geben, das heißt: Kliniken werden nur für die Bereitstellung von Leistungen bezahlt. Doch bis zu dem Wirksamwerden der Reform werden voraussichtlich noch einige Jahre ins Land gehen. Wir sind gerade in einer Übergangsphase, die wir gut und klug managen müssen.

In NRW auf der Landesebene sind wir mit unseren definierten Leistungsgruppen und transparenten Qualitätskriterien, auf die sich die Menschen in NRW verlassen können, Vorreiter in Bezug auf die Krankenhausplanung. Mit Spezialisierung sorgen wir für eine bessere Allokation unserer wichtigen Ressourcen, der knappen Fachkräfte und Geld, denn nicht jede Klinik muss alles anbieten.

Unser Ziel mit unserer NRW-Krankenhausplanung ist eine kluge Planung für eine gute Versorgung vor Ort, basierend auf gewachsenen Krankenhausstrukturen und mit Blick auf Qualität und Wohnortnähe. Das schaffen wir aber nur, wenn wir in der Übergangsphase dafür sorgen, dass es nicht zu einem ungeplanten Wegbrechen der Krankenhäuser durch Insolvenz kommt. Wir brauchen schnelle Hilfe.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Auf Landesebene in NRW nehmen wir viel Geld in die Hand. Wir sorgen für die Kliniken mit einer Investitionskostenförderung von 772 Millionen Euro jährlich. Obendrauf packen wir 2,5 Milliarden Euro zusätzlich an für die Umsetzung der neuen Krankenhausplanung, ein Drittel davon für die wichtige Klimafolgenanpassung.

Die Kliniken in NRW haben heute einen dringenden Notruf abgesetzt. Er ist laut, er ist berechtigt, und er

wird von uns gehört. Dieser Antrag, ergänzend zu den beiden großen Strukturreformen, ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung und zur Erhaltung unserer Krankenhauslandschaft in NRW.

Liebe SPD, zum Schluss zu Ihrem Entschließungsantrag: Wir haben in unserem Antrag heute den Fokus auf die Krankenhäuser gelegt. Das wird der Not der Kliniken gerecht; das haben wir heute auf der Wiese gehört. Natürlich müssen wir auch die Kostensteigerung in den Kitas und im OGS in den Blick nehmen, aber wir können nicht alles gleichzeitig machen. Die Kitas bekommen ab dem kommenden Jahr 550 Millionen Euro zusätzlich. Das ist unser Anfang. Ich bitte Sie: Stimmen Sie dem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen, dank, Frau Kollegin Thoms. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Herr Klute.

Thorsten Klute (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Krankenhäuser im Land, auch in Nordrhein-Westfalen, sind in Not. Sie sind unterfinanziert, und sie senden Hilferufe, die wir alle hören müssen. Deshalb sagen wir von der SPD-Fraktion hier im nordrhein-westfälischen Landtag auch ganz deutlich: Der ursprüngliche Antrag der regierungstragenden Fraktionen geht in die richtige Richtung, und deshalb werden wir dem Antrag auch zustimmen. Wir sagen aber auch ...

(Heiterkeit von Marco Schmitz [CDU] – Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

– Ja, da freut sich der Kollege Marco Schmitz. Ich hoffe, dass sich der Kollege gleich noch genauso freut. Wir bieten an dieser Stelle nämlich ausdrücklich die Zusammenarbeit an. Ich habe gesagt, dass der Antrag in die richtige Richtung geht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber er bleibt bei der Hälfte stehen – das muss man deutlich sagen.

Die Menschen, über die wir eben schon gesprochen haben, die hier vor dem Landtag eben zu Tausenden demonstriert haben, wissen das auch. Wer dort aufmerksam zugehört hat und wer die Transparente gesehen hat, weiß, dass die Menschen wissen, dass wir in Deutschland eine geteilte Krankenhausfinanzierung haben und dass der Bund für die Regelung der Betriebskosten zuständig ist. Sie wissen aber auch, dass die Investitionskosten in Deutschland von den Ländern zu tragen sind. Was die Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser in Nordrhein-